

Je nach Wohngegend: Ordentliches Gericht, Scharia- oder Kiezgericht



Von EUGEN PRINZ | Parallel zum Erstarren der AfD hat mit stillschweigender Duldung von CDU und CSU das links-grüne Establishment damit begonnen, den Autonomen in Deutschland ein Wohlfühlbiotop einzurichten. Der Verfolgungsdruck von Polizei und Justiz ist lasch und der Staat schaut meist mit dem blinden Auge auf die Machenschaften der gewaltbereiten Anarchisten. Selbst als die Autonomen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg die Hansestadt in ein Kriegsgebiet verwandelten, blieben die Strukturen dieser neuen SA größtenteils unangetastet.

Hintergrund des Persilscheins für die linken Chaoten ist, dass sie in ihrem Kampf gegen „Nazis“ – also gegen die AfD – zu Mitteln greifen, die aufgrund ihrer Effizienz höchstwillkommen, aber wegen der Strafbarkeit für die etablierten Parteien tabu sind.

Der schmutzige Kampf gegen die Alternative für Deutschland ruht auf zwei Säulen:

1. Das von den etablierten Medien und der Politik erzeugte Klima der sozialen Ächtung eines jeden, der sich offen zur AfD bekennt, Mitglied oder gar Funktionsträger dieser Partei ist.
2. Angriffe auf Einrichtungen der AfD, auf Leib und Leben der Funktionsträger dieser Partei und Beschädigung von deren

Privateigentum durch die Antifa.

Das damit gesteckte Ziel, möglichst viele fähige Leute davon abzuhalten, der AfD beizutreten und dort eine Funktion zu übernehmen, hat das linksgrüne Meinungs- und Politikartell mit Hilfe der „antifaschistischen“ Rollkommandos ohne Zweifel erreicht.

Allerdings zeigt sich nun, dass jene, die die Autonomen als nützliche Idioten für ihre ideologischen Interessen instrumentalisieren, selbst die Idioten sind. Genauer gesagt, sie finden sich nun in der Rolle des Zauberlehrlings aus der Ballade von Johann Wolfgang von Goethe wieder, der mit den Geistern, die er rief, nicht mehr fertig wird.

Die lange Leine, an der die Autonomen und ihr Ableger Antifa als neue rote SA im Interesse des „Kampfes gegen Rechts“ gehalten wurde, haben die gewaltbereiten Anarchisten dazu genutzt, nach dem Vorbild der Moslems in deutschen Großstädten ganze Straßenzüge in no-go-areas zu verwandeln, in denen die staatliche Autorität nicht mehr greift.

Ethnie spielt keine Rolle – wer nicht spurt, wird niedergeknüppelt

Diese Erfahrung musste 2018 Mustafa T. machen, der in Berlin-Kreuzberg einen kleinen Laden mit einem Paket-Abholservice betreibt. Eines Abends betritt eine junge Frau das Geschäft und will ein Paket abholen. Da sie keinen Personalausweis mitführt, verweigert Mustafa die Herausgabe. Das sieht die Kundin trotz geduldiger Erklärungsversuche nicht ein und verlässt schimpfend den Laden, nicht ohne vorher noch einen Aufsteller mit Schokoriegeln umzustoßen. Der Türke eilt ihr nach und stellt sie zur Rede. Als die Frau anfängt, zu weinen und um Hilfe zu rufen, lässt Mustafa T. sie gehen.

Was er, der Ladenbesitzer, nicht wusste war, er hatte sich mit einem Mitglied der gewaltbereiten Autonomenszene angelegt. Am selben Tag gegen 23 Uhr bricht dann die Hölle über den Türken

herein. Ein ganz in Schwarz gekleidetes, ver mummtes Rollkommando stürmt den Laden, schlägt den Besitzer zusammen und macht aus der Inneneinrichtung Kleinholz. Nach wenigen Minuten ist der Spuk vorbei, die Vermummten verschwinden so schnell, wie sie gekommen sind und Mustafa T. steht vor den Trümmern seiner Existenz.

Die Gewalttat in Kreuzberg wirft ein Schlaglicht auf eine völlig außer Kontrolle geratene Szene von militanten Autonomen. Anschläge auf AfD-Parteibüros, Gewaltausbrüche gegen Polizisten, Hausbesetzungen, Brandstiftungen und die Verwüstung ganzer Stadtviertel wie beim G20-Gipfel in Hamburg oder der Connewitz-Ausschreitungen in Leipzig – die Autonomen machen vor nichts und niemanden halt.

Laut Verfassungsschutz sind die rund 9000 „gewaltorientierten Linksextremisten“ inzwischen international vernetzt, professionell organisiert und in einer Weise in sich geschlossen, wie man es bisher nur von islamischen Terrorzellen kannte.

„Kiez-Gerichte“: Der Staat verliert sein Gewaltmonopol an Autonome

Wie der Vorfall mit dem Ladenbesitzer zeigt, gehen die Autonomen ohne Skrupel auch gegen „Zivilpersonen“ vor, wenn diese nicht spüren. In ihren Revieren treten die linken Chaoten mittlerweile als Gesinnungspolizei auf.

Das Magazin „Welt der Wunder“ (welch treffender Name!) berichtet:

(...) wer ihren politischen Ansprüchen nicht gerecht wird, muss mit Drohungen, Schlägen oder fliegenden Pflastersteinen rechnen. Beispielsweise bedrohen im vergangenen Jahr Autonome in der von ihnen beanspruchten Rigaer Straße in Berlin Anwohner, als die für einen Verletzten, der auf offener Straße zusammengeschlagen wurde, einen Krankenwagen rufen. Die „verräterischen Anwohner“ werden später sogar in ihren

Wohnungen ausfindig gemacht – und aufgefordert, sich einem sogenannten „Kiezgericht“ in einem besetzten Haus zu stellen.

In einem anderen Fall suchen im August 2018 ungefähr 15 Autonome im Gebäude der Senatsjustizverwaltung in Schöneberg einen Richter auf und bedrohen ihn, da sie mit seinen Urteilen unzufrieden sind. Eine „Denkhilfe“– wie sie ihre Aktion nennen.

Zu den von moslemischen Einwanderern etablierten no-go-areas in den deutschen Großstädten kommen nun also noch solche, die von Autonomen „regiert“ werden, hinzu. Eine weitere Facette des absoluten Staatsversagens. Bald wird davon abhängen, wo man wohnt, ob man vor ein ordentliches Gericht, ein Schariagericht oder ein Kiezgericht zitiert wird.